

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 27. Januar 2020

#Raumpioniere – Neue Konzepte für ländliche Mobilität eröffnen

Die Sicherstellung der Mobilität mit öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) im ländlichen Raum ist unter der aktuellen Gesetzeslage im Bund nicht zu gewährleisten. Wir Freie Demokraten fordern den Deutschen Bundestag daher auf, die Gesetzgebung in zwei Stufen, wie folgt, zu reformieren.

Stufe 1:

Verlängerung der Ausnahmegenehmigung zur Erprobung neuer Verkehrsarten oder Verkehrsmittel, gemäß § 2 Abs. 7 PBefG, auf zehn statt wie bisher vier Jahre. Eine ernsthafte Erprobung und Validierung von Modellprojekten ist innerhalb von vier Jahren nicht zu gewährleisten.

Stufe 2:

Wir Freie Demokraten fordern die Anpassung der §§ 8 Abs. 1 i. V. m. 42 PBefG als auch des § 2 RegG im Hinblick auf die Legal-Definition des ÖPNV Begriffes. Die starre Definition muss aufgehoben werden. Insbesondere ist hier eine Erweiterung des § 8 Abs. 1 PBefG um die Mischbeförderung im Rahmen der multifunktionalen Bedienformen, eine Ermöglichung von weiteren einsetzbaren Verkehrsmitteln neben den Straßenbahnen, Obussen und Kraftfahrzeugen sowie eine Öffnung der Norm für Verkehre, die bedarfsorientiert konzipiert und/oder in der Streckenführung flexibel sind, zu schaffen.